

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 53
April
2009

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

die Weltwirtschaftskrise begann vor ein paar Monaten mit Finanzproblemen amerikanischer Banken. Der deutsche Finanzminister erklärte – lange bevor er die Schweizer als Indianer enttarnte – dem staunenden Fachpublikum, dass die Finanzkrise nur ein U.S.-Problem sei. Den deutschen Banken könne das gar nicht passieren.

land, in Spanien und in Italien vorstellen – vielleicht auch in Deutschland? In jedem Fall kann sie sich die Masse der Experten demnächst in Russland vorstellen. Und das verleiht dem Beitrag von Prof. Schneider in diesen Denkwürdigkeiten besondere Relevanz, vielleicht auch Brisanz.

Der Vorstand der pmg wünscht Ihnen und Ihren Familien ein frohes Osterfest.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

Unsere sieben Häuptlinge und der Kavallerie-General



Oben vlnr.: Moritz Leuenberger (Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation), Eveline Widmer-Schlumpf (Justiz und Polizei), Hans-Rudolf Merz (Finanzen), Micheline Calmy-Ray (Außeres)
Unten vlnr.: Ueli Maurer (Verteidigung), Doris Leuthard (Volkswirtschaft), Pascal Couchepin (Inneres), Peer Steinbrück alias „General Stonebridge“

Quelle: NZZ am Sonntag, 15. März 2009, S. 1

Es kam dann in atemberaubendem Tempo ganz anders. Die Weltfinanzkrise ist längst eine Weltwirtschaftskrise, die an der Weltordnung rüttelt. Die Umverteilung von Macht hat hinter den Kulissen bereits begonnen. Auf dem G-20-Gipfel vor ein paar Tagen hat sie sich nun erstmals für alle sichtbar materialisiert. Der Aufstieg von China und Indien ist eine der neuen Realitäten. Der National Intelligence Council der U.S.A. prognostiziert: In 15 Jahren werden wir die Welt nicht mehr erkennen. Neue Akteure – neue Risiken – neue Regeln.

Im Zuge der Debatten um diese Veränderungen und deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaften gewinnt das Wort „riot“ merklich an Häufigkeit und Gewicht. „Riots“ sind plötzlich kein Thema mehr allein für die Dritte Welt und/oder für fragwürdige Regime. Plötzlich kann man sie sich auch in Frankreich und Eng-

In dieser Ausgabe

1 Differenzen zwischen Medwedew und Putin

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

5 Die Europäische Union und Ostasien

von Dr. Sebastian Bersick

THEMEN

Differenzen zwischen Medwedew und Putin

Am 2. März vor einem Jahr war Dmitrij Medwedew bereits im ersten Wahlgang zum russischen Präsidenten gewählt worden. Viele fragten sich, warum Putin Artikel 81 der Verfassung nicht än-

dem ließ, der in seinem Absatz 3 keine zweite Wiederwahl zulässt. Die zur Verfassungsänderung notwendige Zustimmung von zwei Drittel der Stimmen aller Staatsdumaabgeordneten und drei Viertel der Stimmen aller Mitglieder des Föderationsrats hätte er mühe-los bekommen können sowie die erforderliche Zustimmung von zwei Drittel der Parlamente der Regionen. Wahrscheinlich hatte Putin vor, eine vierjährige Pause einzulegen, um sich von dem Stress des Präsidentenamtes zu erholen und nach vier Jahren erneut für das Präsidentenamt zu kandidieren, was die Verfassung erlaubt. Putin entschied sich gegen eine Verfassungsänderung, denn er wollte nicht mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenka in einem Atemzug genannt werden, der die Verfassung 2004 ändern ließ, um sich 2006 zum dritten Mal als Präsident wählen lassen zu können.

Der Kampf der russischen Geheimdienste untereinander, der am 1. Oktober 2007 auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo mit der Verhaftung führender Offiziere des einen durch den anderen eskalierte, veranlasste Putin offensichtlich, seine Meinung zu ändern. Er befürchtete, dass sich nach seinem Abgang aus der Politik die verschiedenen Machtgruppen, die er bisher in der Balance gehalten hatte, gegenseitig bekämpfen und die Silowiki (Geheimdienste, Innenministerium, Militär), die heterogen sind, übereinander herfallen würden. Außerdem bestand aus seiner Sicht die Gefahr, dass sein Nachfolger – wenn er selbst die Politik verliesse – nicht die allgemeine Akzeptanz finden, sondern von den Silowiki bekämpft werden würde.

Welches wichtige Amt konnte Putin übernehmen, wenn er keine Verfassungsänderung wollte? Es blieb nur das Amt des Premierministers. Da der Präsident in Russland nicht nur repräsentatives Staatsoberhaupt ist, sondern auch über exekutive Vollmachten verfügt, musste sich Putin gut überlegen, unter welchem und mit welchem Präsidenten er gut ar-

beiten kann. Seine Wahl fiel auf Dmitrij Medwedew.

Auf einer Pressekonferenz am 14. Februar 2008 antwortete Putin auf die Frage nach möglichen Differenzen zwischen ihm als zukünftigem Premier und einem Präsidenten Medwedew, dass er Medwedew 15 Jahre lang aus gemeinsamer Arbeit kenne und dass sie gewohnt seien, einander zuzuhören und zu verstehen. Er vertraue Medwedew einfach. Deshalb sei es „nicht schrecklich“, wenn er ihm die „wesentlichen Vollmachten zur Lenkung des Landes“ übergebe. Wenn er Präsident werde, werde er seine Beziehungen zum Staatsoberhaupt nicht ändern. Er werde ihm gegenüber „nicht feindlich oder kontraproduktiv“ eingestellt sein.

Beide, Medwedew und Putin, stammen aus Leningrad, wie zu Sowjetzeiten St. Petersburg hieß, und beide sind Juristen. Doch es gibt auch Unterschiede: Der Altersabstand zwischen beiden beträgt 13 Jahre, also eine halbe Generation. Putin ist Jahrgang 1952, Medwedew 1965. Beide sind völlig unterschiedlich sozialisiert. Putin kam aus ärmlichen Verhältnissen als Sohn eines Fabrikarbeiters zur Welt. Die Familie lebte in einer 20 m² großen Gemeinschaftswohnung, in der sie Küche und Bad mit anderen Familien teilen musste. Medwedew wuchs in einem Professorenhaushalt auf. In der Breschnew-Zeit genossen die Professoren hohes Ansehen und wurden nach ihren akademischen Graden gut bezahlt.

Entscheidungsabgrenzung zwischen Präsident und Premier

Das eigentliche politische Betätigungsfeld eines russischen Präsidenten ist laut Verfassung die Außenpolitik. Der Präsident bestimmt die „grundlegender Richtungen der Innen- und der Außenpolitik“ (Art. 80, Abs. 3) und leitete zudem die Außenpolitik (Art. 86, lit. a). Außerdem ist der Präsident der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Der Regierungschef hat laut Verfassung die Aufgabe, die „Au-

ßenpolitik der Russischen Föderation zu verwirklichen“ (Art. 114, Abs. 1, lit. e). Das bedeutet, dass Putin über den Außenminister keine dem Willen des Präsidenten völlig widerstrebende Außenpolitik betreiben kann. Allerdings verfügt Putin zur Umsetzung der Außenpolitik über das Außenministerium, das zur Regierung gehört, auch wenn es direkt dem Präsidenten untersteht.

Die in der Verfassung angegebenen Schwerpunkte der Regierungstätigkeit beziehen sich auf Wirtschaft und Finanzen, aber auch auf Kultur/Bildung/Wissenschaft, Gesundheit und Ökologie. Bezüglich der Außenpolitik und der Verteidigung des Landes bzw. der Sicherheit des Staates hat die Regierung nur die Umsetzung der Präsidentenpolitik zu gewährleisten.

In einem Interview am 24. Dezember 2008 erklärte Medwedew bezüglich seiner Zusammenarbeit mit Putin, dass sie sich regelmäßig austauschen. Sie besprechen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen. Die Zusammenarbeit mit Putin bezeichnete Medwedew als „komfortabel“. Bei der ausführlichen Behandlung des Georgienkrieges betonte Medwedew allerdings, dass er allein die Entscheidung gefällt habe, den russischen Einmarschbefehl zu erteilen.

Medwedews „Bataillone“

Auf welche Elitegruppen und Apparate kann sich Medwedew verlassen? In der folgenden Tabelle 1 wird eine Zuordnung der staatlichen, politischen und ökonomischen Strukturen versucht, wohl wissend, dass sie schematisch ist und die Einflusszuordnung nicht immer hundertprozentig ist.

Aus dieser Zuordnung kann entnommen werden, dass der Präsident durchaus über gewisse Machtressourcen verfügt. Seine „Bataillone“ sind vor allem im Rechtswesen zu suchen, nicht nur, weil einige dort Tätige seine Schüler sind wie z.B. der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts, Anton Iwanow. Doch

gerade in diesem Bereich müssen Veränderungen stattfinden, wenn der Rechtsnihilismus in Russland, den Medwedew während seines Wahlkampfes mehrmals beklagt hat, abgebaut werden soll, der ja auch Hauptanlass für die westliche Kritik an Moskau ist.

Konfliktfelder

Auf drei Konfliktfeldern zeigen sich Differenzen zwischen Medwedew und Putin, in der Außen-, in der Innen- und in der Wirtschaftspolitik.

- **Außenpolitik**

Durch die Bildung verschiedener Institutionen versucht Putin, sich einen gewissen Zugriff auf die Außenpolitik zu sichern. Zudem schaltete er sich gelegentlich in die außenpolitische Domäne des Präsidenten ein.

Institutionen

Im Regierungsapparat schuf sich Putin einen eigenen „Außenminister“. Es ist der Stellvertretende Leiter des Regierungsapparats Jurij Uschakow, der für die „Realisierung der Außenpolitik“ zuständig ist. Bis Juni 2008 war er Botschafter in den USA. Er ist für eine scharfe anti-westliche Rhetorik bekannt.

Für die GUS-Politik rief Putin im Mai 2008 die „Föderale Agentur für GUS-Angelegenheiten“ ins Leben. Die GUS-Angelegenheiten wurden so aus dem normalen Tätigkeitsbereich des Außenministeriums herausgelöst, auch wenn die neue Agentur dem Außenministerium zugeordnet ist, mit dem sie im Tandem arbeiten soll.

Tabelle 1

	Eher Medwedew zuzuordnen	Eher Putin zuzuordnen
Staatsorgane	Arbitragegericht	Regierung
Parlament	Föderationsrat	Staatsduma
Parlamentspräsidenten	Föderationsrat: Sergej Mironow	Staatsduma: Boris Gryslow
Regierung	Justizminister Alexander Konowalow (untersteht dem Präsidenten direkt, ist ein Mann Medwedews)	Alle übrigen Minister
Präsidialadministration	Leiter der Kontrollverwaltung des Präsidenten Konstantin Tschujtschenko	Alle übrigen
Außenpolitik	Außenminister Sergej Lawrow (untersteht dem Präsidenten direkt)	Stellvertretender Leiter des Regierungsstabs Jurij Uschakow
Sicherheitspolitik	Sicherheitsrat als Organ (Präsident ist Vorsitzender)	Sekretär des Sicherheitsrats Nikolaj Patruschew
Ermittlungsorgane	Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka	Leiter des Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin
Parteien	„Gerechtes Russland“	„Einiges Russland“
Wirtschaft	Kleine und mittlere Unternehmen	Groß- und Rohstoffindustrie
Wirtschaftsverbände	Verband der kleinen und mittleren Unternehmer „Opora Rossii“ („Stütze Rußlands“)	„Russische Union der Unternehmer und Industriellen“, „Delowaja Rossija“ („Geschäftsrussland“)
Elitegruppen	Juristen/Richter	Silowiki
Geheimdienste		FSB
Politische Hauptthemen	Bekämpfung der Korruption	
Soziologische Basis	Mittelstand	

Mit der Bildung dieser föderalen Agentur wird zu erkennen gegeben, dass die GUS-Länder nach wie vor für Moskau kein normales Ausland sind und nicht als wirklich von Russland un-

abhängige Staaten betrachtet werden.

Aktivitäten

Bereits vor seiner Vereidigung als Präsident kündigte Dmitrij Medwedew im April 2008 an, dass er

seine erste Auslandsreise Richtung Westen nach Paris unternehmen will, denn ab dem 1. Juli 2008 hatte Frankreich für ein halbes Jahr die Präsidentschaft in der Europäischen Union inne.

Tatsächlich reiste Ende Mai 2008 Putin nach Paris. Als Revanche dafür, dass Putin ihm bei seiner geplanten Paris-Reise zuvorkam, berief Medwedew den neuen Sicherheitsrat, dem auch Putin angehört, zu seiner konstituierenden Sitzung am 31. Mai 2008 ein, als Putin gerade in Paris weilte.

Am 24. November 2008 sprach Putin auf der internationalen Menschenrechtskonferenz in St. Petersburg. Diese Konferenz war von der Parlamentarischen Versammlung der GUS und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes anlässlich des 140. Jubiläums der St. Petersburger Erklärung von 1868 organisiert worden, die damals auf Initiative Russlands zustande kam und die den Einsatz bestimmter Munition im Krieg verbot.

In seiner Rede äußerte sich Putin zu verschiedenen außenpolitischen Fragen, die eigentlich in die Kompetenz des Präsidenten fallen. Er griff dabei den Vorschlag auf, den Medwedew am 5. Juni 2008 in Berlin unterbreitet und auf der World Policy Conference am 8. Oktober 2008 im französischen Evian präzisierte hatte, einen Vertrag über ein gesamt-europäisches Sicherheitssystem abzuschließen. Dabei formulierte Putin das dritte „No“ Medwedews *„Keine Entwicklung von Militärbündnissen, welche die Sicherheit von anderen Vertragsteilnehmern bedrohen“*, konkreter: *„Keine Entwicklung und Erweiterung von Militärbündnissen auf Kosten anderer Vertragsteilnehmer.“*

Die Zuspitzung des dritten „No's“ Medwedews macht deutlich, worum es Putin geht: Um die Verhinderung der Aufnahme Georgiens und vor allem der Ukraine in die NATO.

• **Innenpolitik**

Medwedew stoppte Anfang Juni 2008 den Gesetzentwurf des Staatsdumaabgeordneten Robert Schlegel („Einiges Russland“) zur Änderung des Mediengesetzes durch sein Schreiben an den Staatsdumavorsitzenden Boris Gryslow, in dem er sich gegen

diesen Entwurf aussprach. Durch die Verabschiedung des Entwurfs sollte erreicht werden, dass jede Zeitungsredaktion und jeder Fernsehkanal ohne Gerichtsbeschluss von einem örtlichen Beamten bei Verleumdung einer anderen Person – wie immer das interpretiert worden wäre – hätte geschlossen werden können.

Ende Januar 2009 intervenierte Medwedew gegen einen Gesetzentwurf, den im Dezember 2008 die Regierung in die Staatsduma eingebracht hatte. Er sah die Erweiterung der Definition des Geheimnisbegriffs im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung (Art. 151) vor. Wäre dieser Entwurf verabschiedet worden, hätte der FSB jeden, der Kontakt zu Ausländern unterhält, der Spionage und des Landesverrats verdächtigen können.

• **Wirtschaftspolitik**

Ende Oktober 2008 bildete Medwedew den *„Rat beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Entwicklung des Finanzmarktes der Russischen Föderation“*. Der Rat wurde vom Präsidenten gebildet, und er hat ihn sich selbst zugeordnet, obwohl Finanzfragen eigentlich nicht das Thema des Präsidenten sind. Dieser Rat wurde nicht vom Premierminister gebildet und ihm auch nicht zugeordnet, obwohl neben der Verwaltung die Wirtschaftsleitung die Hauptaufgabe der Regierung ist. Und Putin gehört dem Rat nicht an.

Der Rat wird vom Ersten Stellvertretenden Premier Igor Schuwalow geleitet. Dem Rat gehören u.a. Medwedews Referent für Wirtschaftsfragen Arkadij Dworokowitsch, der Stellvertretende Premier und Finanzminister Alexej Kudrin, die Wirtschaftsministerin Elwira Naibullina, der Zentralbankchef Sergej Ignatjew, der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts Anton Iwanow und die Vorsitzenden der Finanzausschüsse der beiden Parlamentskammern an, aber auch Innenminister Raschid Nurgalijew und FSB-Chef Alexander Bortnikow. Dass der Innenminister und der Inlandsgeheimdienstchef Mitglieder des Rats

sind lässt darauf schließen, dass mit Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise gerechnet wird, die den Einsatz dieser beiden Sicherheitsorgane gegen Proteste der Bevölkerung erfordern könnten, wenn es zu einem deutlichen Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung kommen sollte.

In seinem Interview am 30. Januar 2009 mit dem Bulgarischen Nationalen Fernsehen lobte Medwedew seine sehr guten Beziehungen zu Putin. *„Das bedeutet aber nicht, dass der Präsident die Augen vor den Problemen verschließen muss, die existieren“*. Wenn er bei seinen Treffen mit der Regierung und den Ministern die Aufmerksamkeit auf bestehende Mängel lenke, sei das *„absolut normal“*.

Putin war wütend geworden, als er im Januar 2009 eine Analyse über den Zustand der russischen Wirtschaft erhielt, die von Experten des Präsidenten ausgearbeitet worden war. Er betrachtete das als eine Einmischung des Präsidenten in sein eigenes Aufgabenfeld. Medwedew warf der Regierung vor – nicht der Person Putin –, das Programm zur Rettung der russischen Wirtschaft, das bisher 200 Mrd. Dollar gekostet hat, zu langsam umzusetzen.

In seiner Rede auf der Sitzung des Präsidiums des Staatsrats am 20. Februar 2009 in Irkutsk, an der Gouverneure, Businessleute, Generaldirektoren und die Regierung teilnahmen, räumte Medwedew ein, dass die Krise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und dass die russische Wirtschaft umgebaut werden müsse, damit sie den Herausforderungen der nächsten 7 bis 15 Jahren gewachsen ist. Er kritisierte, dass von den Regionen, aber auch von den Firmen, nur schwer Informationen über die Lage zu bekommen seien. *„Wir arbeiten sehr langsam, unzulässig langsam für eine Krise.“* Die Probleme in Russland seien nicht von makroökonomischer Größenordnung, nicht die Folge der Schwierigkeiten, die im Weltfinanzsystem entstanden

seien, „sondern einfach unsere Unfähigkeit schnell und qualitätsmäßig zu arbeiten“.

Medwedews Wirtschaftsberater Arkadij Dworkowitsch kritisierte auf dem VI. Wirtschaftsforum in Krasnojarsk Ende Februar 2009 die Staatsmacht und damit indirekt vor allem die Regierung, deren Mitglieder am Forum teilnahmen: Sie sei unzureichend auf die Überwindung der Finanzkrise vorbereitet. „Die Bereitschaft sowohl der Macht als auch der Gesellschaft, eine lange Krisenperiode zu überleben, ist sehr gering.“ Und auf einer Versammlung zu Wirtschaftsfragen bei Moskau forderte Medwedew am 4. März 2009 von der Regierung, dass sie das, was sie tut, allen Bürgern verständlich sein soll.

Putins Dilemma

Am 23. Februar 2009 äußerte die angesehene Wochenzeitschrift der russischen Unternehmer „Kompanija“ (Nr. 6) die Vermutung, dass das Tandem Medwedew-Putin bald auseinanderbrechen werde. Präsident Dmitrij Medwedew könne Premier Wladimir Putin entlassen, aber Putin nicht Medwedew. Wenn Putin die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt, muss sich Medwedew von ihm absetzen, wenn er nicht selbst an Ansehen verlieren will. Tatsächlich sind in letzter Zeit immer mehr Anzeichen dafür zu beobachten, dass Medwedew an eigenem Profil gewinnt und nicht immer nur der Nachfolger Putins bleiben will. Katalysator für diesen Prozess ist die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Putin befindet sich in einem Dilemma: Wenn er im Amt bleibt, läuft er Gefahr, von der Bevölkerung für die Unfähigkeit der Regierung, die negativen Folgen der Krise zu bewältigen, verantwortlich gemacht zu werden. Er wird dann an Ansehen verlieren, was ihm im Jahre 2012 im Falle seiner erneuten Präsidentschaftskandidatur den Sieg kosten könnte. Tritt er zurück, verschwindet er aus dem öffentlichen Bewusstsein der Bevölkerung, was erst recht seine

Wahl zur Präsidentschaft unmöglich machen würde. Wenn er überhaupt erwogen haben sollte, als Premier zurückzutreten und sich auf den Vorsitz der Machtpartei „Einiges Russland“ zu konzentrieren, so hat er den dafür günstigen Zeitpunkt im vergangenen Oktober, als die internationale Finanzkrise so richtig begann, verpasst. Wenn er jetzt zurücktritt, wird die Bevölkerung annehmen, die Krise ist nicht mehr zu beherrschen. Diese psychologische Auswirkung seines Rücktritts würde die Krise weiter verschärfen, denn bisher gilt Putin immer noch als der starke Politiker.

Putin kann, wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise anhält, was anzunehmen ist – in Moskau wird mit einer dreijährigen Dauer der Krise gerechnet –, dem oben skizzierten Dilemma nicht entgehen. Das bedeutet, dass seine Chancen, im Jahr 2012 erneut zum Präsidenten gewählt zu werden, gering sind, so dass er dann vorziehen dürfte, gar nicht erst zu kandidieren. Das würde bedeuten, dass 2012 Medwedew erneut zum Präsidenten gewählt wird, aufgrund der Verfassungsänderung dann für fünf Jahre.

Prof. Dr. Eberhard Schneider,
Berlin

Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Die Analyse wurde vom Institut für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin, in Kooperation mit der ETH Zürich, 11. März 2009, publiziert.

THEMEN

Die Europäische Union und Ostasien

Politische Herausforderungen

Für die Außenpolitik der EU gegenüber Ostasien stellt die Frage ihrer Kohärenz eine zentrale Herausforderung dar. Dies gilt im Rahmen sowohl ihrer inter-

regionalen Dialoge wie auch der bilateralen strategischen Partnerschaften. Zahlreiche asienbezogene EU-Dokumente haben in den vergangenen Jahren auf die mangelnde Einheitlichkeit europäischer Asienpolitik hingewiesen. Das vorläufig letzte Beispiel stellen die außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien der EU für Ostasien dar, die eine „stärker entwickelte, kohärentere und gebündelte“ Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber der Region anmahnen.

Die Politik der EU, zentralen bilateralen Beziehungen einen strategischen Charakter zuzusprechen (wie im Falle Chinas), ist im Kontext eines Politikansatzes zu verstehen, der das Ziel verfolgt, die multilaterale Kooperation und die regionale Institutionenbildung in Asien zu fördern. Die Politik der EU gegenüber Ostasien beruht auf der Annahme, dass die wachsende Einbindung Chinas der Stabilität der Region dient. Das soll im Rahmen der existierenden Dialoginstrumente mit der Region und der Handelsbeziehungen, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungshilfe geschehen. Im Laufe seiner Entwicklung hat der ASEM-Prozess zur regionalen Zusammenarbeit in Ostasien beigetragen. Indem die EU Mitte der 90er Jahre das sicherheitspolitische Interesse der ASEAN-Staaten teilte, durch den ASEM-Prozess erstmals einen Kooperationsprozess zwischen Nordostasien und Südostasien zu ermöglichen, trugen die Europäer zu einer Regionalisierungsdynamik bei, die in Folge den ASEAN+3-Dialog¹ und den *East Asia Summit*² (EAS) hervorbrachte.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der Aufstieg Chinas in wachsendem Maße auch die Politik der EU in den multilateralen Beziehungen mit der Region Ostasien bestimmt.

¹ Der ASEAN+3-Prozess wurde 1997 gegründet. An ihm nehmen die zehn ASEAN-Staaten und China, die Republik Korea und Japan teil.

² Am im Jahr 2005 gegründeten *East Asia Summit* nehmen die zehn ASEAN-Staaten und China, Japan, die Republik Korea, Indien, Australien und Neuseeland teil.

Der Europäische Rat betonte im Dezember 2006, dass die EU-China Beziehungen „ausgeglichen, reziprok und gegenseitig vorteilhaft“ sein müssen, wenn die umfassende strategische Partnerschaft ihr „volles Potential“ entwickeln soll. Diesen Entwicklungsstand haben die europäisch-chinesischen Beziehungen jedoch noch nicht erreicht. Stattdessen zeigt sich zunehmend das Potential zu Konflikten. Ein Beispiel dafür ist aus Sicht der EU der wachsende chinesische Handelsüberschuss.

Insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung einer regionalen Sicherheitsarchitektur in Ostasien zeigt sich die Problematik des interregionalen außenpolitischen Verständnisses der EU, die sich ohne militärische Präsenz, aber mit wachsenden sicherheitspolitischen Interessen in der Region engagiert. Mit dem Aufstieg Chinas nehmen auch die Unsicherheit und sicherheitspolitischen Risiken zu. Es ergibt sich daher ein Dilemma für die zukünftige Ausgestaltung von EU Politik gegenüber Ostasien. Je erfolgreicher sie im Sinne einer Einbindung Chinas ist, desto bedeutsamer wird das verantwortliche Handeln Chinas.

Auch deshalb hat die EU begonnen, der ASEAN und dem ASEAN-EU-Dialog verstärkt sicherheitspolitische Relevanz zuzusprechen. Dies zeigt eine differenziertere Bewertung der Förderung von regionaler Integration in Ostasien durch die EU. An die Stelle eines primär ökonomischen Interesses bei der interregionalen Zusammenarbeit mit Ostasien ist ein mehrdimensionaler Ansatz getreten, der neben entwicklungspolitischen in zunehmendem Maße auch sicherheitspolitische Aspekte einbezieht.

Unter der Überschrift „Regionale Sicherheitsarchitektur“ bezeichnen die neuen außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien der EU für Ostasien die „zunehmende regionale Integration und das Entstehen von starken regionalen Institutionen basierend auf der klaren Anerkennung ge-

meinsamer Interessen“ als ein langfristiges Interesse der EU. Vertiefte regionale Integration gilt es demnach zu fördern – in Bezug auf die ASEAN-Staaten und in Bezug auf die „Einbettung von politischer Kooperation zwischen den Hauptspielern der Region“, zu denen die EU China, Japan und die USA zählt. Doch hier ergibt sich ein weiteres Problem: Denn im Rahmen ihrer bisherigen Politik hat die EU indirekt auch solche Institutionen gefördert oder sogar direkt zu ihrer Entstehung beigetragen, an denen China, nicht aber die USA teilnimmt (ASEAN+3, EAS, ASEM). Da die USA weder am ASEAN-EU-Dialog noch am ASEM-Prozess teilnehmen, kommt beiden interregionalen Instrumenten nur noch in eingeschränktem Maße die Funktion zu, eine dem Aufstieg Chinas gerechte regionale Sicherheitsarchitektur in Ostasien zu ermöglichen.

Es ist die Schwäche der EU-Politik gegenüber Ostasien, dass sie zwar den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas fördert, dieser aber gleichzeitig sicherheitspolitische Fragen aufwirft, die die EU nicht im Rahmen ihrer multilateralen und bilateralen Politik gegenüber China und der Region beantworten kann. Möglichen zukünftigen aus dem Aufstieg Chinas und seiner regionalen Vormachtstellung in Ostasien resultierenden sicherheitspolitischen Bedrohungen kann die EU nicht mit militärischen Mitteln begegnen. Vielmehr ist die EU Trittbrettfahrer und auf das militärische Engagement der USA in der Region angewiesen.

Die EU bedarf ebenso des diplomatischen Engagements der USA in der Region, um die Einbindung Chinas in multilaterale regionale Institutionen zu fördern. Hierbei ergibt sich die weitere Schwierigkeit, dass Europäer und Amerikaner an zwei unterschiedlichen die Zusammenarbeit in Asien fördernden Institutionen teilnehmen (ASEM- und APEC-Prozess). Am ARF hingegen nehmen EU und USA teil.

Für die EU ergibt sich die Notwendigkeit, ihre Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Ostasien mit den USA zu koordinieren. Die EU sollte stärker auf die USA einwirken, um ihre sicherheitspolitischen Interessen in Ostasien verfolgen zu können. Europa wie Amerika haben ein Interesse an einer Abstimmung, die die Stärke des EU-Ansatzes und die Stärke des US-amerikanischen Ansatzes nutzt, um den weitergehenden friedlichen und verantwortlichen Aufstiegs Chinas in der Region und darüber hinaus zu unterstützen. Die EU kann dabei ihre Erfahrungen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und Integration in Europa und der interregionalen Zusammenarbeit mit Ostasien einbringen. Deutlich gesagt: Die verstärkte Zusammenarbeit mit den USA ist eine Vorbedingung für eine kohärentere Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber Ostasien.

Dr. Sebastian Bersick, Berlin

Dr. Sebastian Bersick ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Die Analyse ist erschienen in: Annegret Bendiek / Heinz Kramer (Hrsg.), Die Außenpolitik der Europäischen Union, Baden-Baden 2009, S. 94-111. Sie wurde ferner publiziert vom Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin, in Kooperation mit der ETH Zürich, 10. März 2009

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

